

# Platz im Pflegeheim bis 340 Euro teurer

## Sozialressort will Zuschüsse drastisch kürzen

Von unserem Redakteur  
Bernd Schneider

**BREMEN.** Das Leben im Pflegeheim soll ab 2006 teurer werden. Das Sozialressort will bestimmte Subventionen für Einrichtungen der Dauerpflege streichen. Selbstzahler müssten dann bis zu 340 Euro mehr im Monat berappen, auf die meisten kämen 120 bis 270 Euro zu. Das zeigt ein Papier aus dem Haus von SPD-Sozialsenatorin Karin Röpkke. Am Dienstag will sich der Senat damit befassen.

Künftig will Bremen die „Investitionskosten“ für die „vollstationäre Dauerpflege“ nicht mehr zahlen. Bislang können Heime ihren Bewohnern dank der staatlichen Zuschüsse günstigere Tarife anbieten. So sollen sie in der Konkurrenz mit dem Umland besser dastehen. Außerdem will man Sozialhilfefälle vermeiden. Und nicht zuletzt geht es darum, Anreize für Neubau und Modernisierung von Heimen zu schaffen.

9,3 Millionen wird das Ressort nach eigenen Angaben dafür im Jahr 2005 ausgeben. Das decke nicht einmal die laufenden Kosten. Seit 2002 sei kein einziger Neubau mehr gefördert worden, fast jeder sechste von insgesamt 6300 vollstationären Plätzen werde gar nicht gefördert. Dort tragen die Bewohner schon heute die Kosten selbst.

Von den 9,3 Millionen Euro bleiben ab 2006 nur noch fünf Millionen – so wenig, dass das Geld in der Dauerpflege wirkungslos verpuffen würde, so die Einschätzung im Ressort. Aber genug, um bislang wenig geförderte Bereiche gezielt auszubauen: Tages- und Kurzzeitpflege.

In ganz Deutschland werden diese Bereiche stärker gefördert, hat das Sozialressort festgestellt. Dank ambulanter Behandlung und – bei Bedarf – kurzer Heimaufenthalte sollen Menschen länger zu Hause leben können. Das sei humaner und günstiger.

Doch die Heimkosten für die Dauerpflege stiegen dann. Das ließe den Anteil der Sozialhilfeempfänger unter Heimbewohnern wachsen. Nach Ressortangaben beziehen derzeit rund 40 Prozent ergänzende Sozialhilfe, am Ende wären es 50 Prozent. Das frisst etwa die Hälfte von geplanten acht Millionen Euro Einsparungen wieder auf.

Die Selbstzahler müssten zudem die steigenden Kosten voll aus eigener Tasche finanzieren. „Eine schwere Belastung“, sagt Karin Röpkke auf Nachfrage. „Da kann man nicht drum herumreden.“ Andere Länder seien „diesen schweren Weg“ aber auch gegangen.

Den Umschwung in der Förderpraxis kann das Sozialressort nicht allein beschließen. Dazu muss das Parlament ein Gesetz an-

ANZEIGE



**Eisbär, Barbie, Glitzerpulli ...**

Mit der AboCard liegt mehr unter dem Weihnachtsbaum!

**AboCard**

Weihnachtseinkäufe? Nicht ohne AboCard!

dem, das die Förderung der Dauerpflegeheime regelt. „Wir stehen vor einem Strategiewechsel, den ich unter den gegebenen Umständen für richtig halte“, so Röpkke. Wenn die Fraktionen ihr darin nicht folgen wollten, müssten sie in den Haushaltsberatungen „deutlich mehr Geld“ bewilligen. „Das gehört dann zusammen.“